

Wir bürgen nicht für Lug und Trug!

B. Ullrich

Offene Anfrage an alle Rechtskundigen auf BRD- und EU-Ebene

- betr. Verfassungsrecht, Strafrecht, BGB, Sittenrecht, „Treu und Glauben“...

Sehr geehrte Rechtskundige, sehr geehrte Trägerinnen und Träger „gesunden Menschenverstandes“!

Wie Sie wissen, wurde im Sommer 2007 erstmals in den Medien über eine Finanzkrise berichtet, die vom US-amerikanischen Häuser- und Hypothekenmarkt ausging und zu uns herüberschwappte. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß dieser Finanzkrise ein gigantischer Betrug mit Wertscheinen und als Wertpapiere getarnten Schuldscheinen zugrunde liegt.

Die Regierung Schröder (SPD/GRÜNE) hat per Gesetz den Weg für diesen Zockermarkt in Deutschland freigemacht. Im Vorstand der IKB-Bank, die als erste Bank in den Strudel der Krise geriet, saßen bekanntlich Politiker aus allen Bundestagsparteien. In den Landesbanken, die kräftig mitgewettet haben, sitzen Politiker in den Vorständen.

„Es waren grade die Landesbanken mit Staatsgarantie, die unkontrolliert, gierig und unfähig die schlimmsten Giftpapiere gekauft haben. Auch noch, als die Welt längst wußte, daß die Blase platzt. Die dummen Deutschen kaufen weiter, amüsierten sich die Insider in London und an der Wall Street.“ (ARD Mediathek Reportage 15.9.2010)

Die Politiker in vielen Städten und Gemeinden haben sich mit der Deutschen Bank und anderen Banken auf Zinswetten eingelassen, haben zumeist verloren und die öffentlichen Kassen weiter in den Bankrott getrieben. Vielen geschädigten Kommunen drohen enorme Ausgabenkürzungen und Haushaltssperren.

Hier müssen auch die sog. Cross-border-leasing-Verträge erwähnt werden, mit denen kommunales Eigentum an US-„Investoren“ übereignet wurde. Um diesen Betrug zu verschleiern, haben die kommunalen Politiker Tausende Seiten umfassende Verträge in englischer Sprache nach amerikanischem Recht unterschrieben – keiner weiß, was da noch auf uns zukommt.

Die Regierung Merkel „spannt einen Rettungsschirm auf“, zunächst direkt für sogenannte „systemrelevante“ Banken. Dabei geht es in den meisten Fällen nur um buchstäblich aus dem Nichts erzeugte Kredite, die sich die Banken untereinander gegeben haben.

Die Regierung Merkel „rettet“ auch Griechenland/Irland usw., damit die Griechen/Iren usw. ihre Schulden bei anderen Banken begleichen können und von Banken wieder neue Kredite bekommen – im Grunde nur ein weiterer „Bankenrettungsschirm“. Daß dafür bestehende EU-Verträge massiv zurechtgebogen werden müssen, die solche Rettungsaktionen ausschließen, hat nicht gestört!

Haben wir, hat der Souverän (lt. GG Art. 20) den Politikern jemals den Auftrag erteilt, unser in der Realwirtschaft verdientes Geld dazu zu verwenden, ein Bankensystem zu sanieren, bei dem fast alle Staaten der Welt wiederum verschuldet sind?

Sie als Juristen wissen sicherlich, daß Privatbanken Geld „aus dem Nichts“ schöpfen und als Kredit in Umlauf bringen können:

WirtschaftsWoche vom 07.10.2010:

„Seit seiner Trennung vom Gold ist Geld kein Zahlungsmittel mehr, sondern eine Kreditkonfession. Die moderne Geldwirtschaft beruht auf der Fabrikation von Schulden – und auf dem Glauben daran, Kredite seien ins Unendliche verlängerbar...“

Der Clou dieses Als-ob-Geldes, das die Zentralbanken den Geschäftsbanken und die Geschäftsbanken ihren Kunden (Staaten, Unternehmen) zur Verfügung stellen, besteht darin, daß es sich bei ihm nicht um verliehenes Geld handelt, also vorhandenes Geld, das „tatsächlich“ in der Welt, durch Gold hinterlegt oder von Ersparnissen auf Girokonten gedeckt wäre, sondern um neues Geld, das einerseits als Geld in der Welt ist – und andererseits eine Schuld repräsentiert.“

Alles heute existierende Geld ist „Schuldgeld“, virtuelles Scheingeld per Knopfdruck, **das letztendlich nur in Waren bzw. realen Werten zurückgezahlt werden kann** (an wen überhaupt?).

Diese von den Menschen produzierten Waren und geistigen Leistungen, oder wahlweise unser Volksvermögen in Form von Grund und Boden, Straßen- und Schienennetzen, öffentlichen Gebäuden, Bodenschätzen, Wäldern, Flüssen, bis hin zum Luftraum, sind der einzig mögliche Pfand für alle Staatsschulden. Hierbei handelt es sich nicht um virtuelle Werte, sondern um reale Werte als

Eigentum von Menschen aus Fleisch und Blut!

Eine schleichende Enteignung von Steuerzahlern, Eigentümern und Vermögenden in der seit Jahren praktizierten Form (durch Schuldenaufnahme bzw. schwebende Bürgschaften zugunsten von Banken und „Investoren“) verstößt zumindest gegen das Grundgesetz der BRD.

Es verstößt gegen Art. 1 – Menschenwürde -, wenn man die Leistungsträger des Volkes zugunsten geldschöpfender, sich verspekuliert habender Banken enteignet und ins finanzielle Elend stößt. Wenn das Volk gezwungen wird, betrügerisch zustande gekommene „Schulden“ („illegitime Schulden“) abzuarbeiten, dann kommt das Zwangsarbeit und Sklaverei ziemlich nahe.

Es verstößt gegen Art. 2, wenn die Handlungsfreiheit eines Volkes in Sachen Arbeit und Vermögen aufgrund betrügerischer Machenschaften eingeschränkt wird. Es verstößt auch gegen das *Sittengesetz* als ungeschriebenen Bestandteil des GG, daß wir für Betrug geradestehen sollen! Das Sittengesetz ist zwar nirgendwo beschrieben, aber es gilt als unwahrscheinlich, daß im Grundgesetz Bestimmungen vorhanden sind, die gegen die traditionelle Rechtsauffassung – die Sitte – unseres Volkes gerichtet sind.

Es gilt festzustellen, daß die Finanzkrise – und im Gefolge die Eurokrise – durch betrügerische Machenschaften entstanden ist, denen der BRD-Gesetzgeber Vorschub geleistet hat! Literatur darüber ist reichlich vorhanden.

Wollen – müssen - wir wirklich für diese Folgen betrügerischer Machenschaften bürgen?

- Was haben wir angesichts betrügerisch zustande gekommener, in dieser Höhe niemals rückzahlbarer Staatsschulden mit der sogenannten „Pro-Kopf-Verschuldung“ zu tun? Für Lug und Betrug (Stichwort „illegitime Schulden“) muß niemand „den Kopf hinhalten“ oder bürgen!
- Nicht das Volk hat „über seine Verhältnisse gelebt“ – im Gegenteil, wir haben Exportüberschüsse produziert, also mehr hergestellt, als wir selber verbraucht haben!
- Wir brauchen keine Politiker, die uns vorlügen, daß irgendwelche Privatbanken für das Volk „relevant“ sind (Die HRE war von Anfang an eine „Bad Bank“, mit der sich die marode Konzernmutter Hypo-Vereinsbank von schlechten Krediten befreien konnte, um 2005 von der italienischen Unicredit aufgekauft zu werden). Fürs Betrugssystem mögen sie relevant sein – aber nicht für uns!
- Wir brauchen keine Gesetze, in denen steht, daß wir für verbrecherische Machenschaften den Kopf hinhalten müssen! Wo ist denn die gesetzliche Grundlage dafür? Wer ist verantwortlich für die „Anpassung“ des Art. 115 GG bzw. dessen Ausführungsgesetz? Alle tun so, als sei die Kollektivverschuldung selbstverständlich – ist sie das??
- Dem Volk (vom **Bürger** wollen wir hier erst gar nicht reden!) über Steuern und Inflation (Geldentwertung) sein Eigentum und die Früchte seiner Arbeit wegzunehmen, um es an private Bankeigentümer zu verschieben, ist ein solch großes Verbrechen, daß kein Gesetz der Welt dies gutheißen kann! Gesetze dürfen nicht gegen alle guten Sitten verstoßen, sie sind ebenso ungültig wie sittenwidrige Verträge!

Wer Kenntnis von Verbrechen hat und diese nicht anzeigt, macht sich strafbar. Wir zeigen hiermit der Öffentlichkeit an, daß seit einigen Jahren die wohl hinterhältigste Völkerenteignung aller Zeiten stattfindet.

Wo sind die Rechtskundigen, die für uns die Gesetzeslage überprüfen?

(z.B. BGB § 762: „Durch Spiel oder Wette wird eine Verbindlichkeit nicht begründet“, oder § 766: „Zur Gültigkeit des Bürgschaftsvertrags ist schriftliche Erteilung der Bürgschaftserklärung erforderlich“, oder § 266 StGB „Untreuetatbestand“)

Welcher Rechtskundige kann eine Anklage wegen „Organisierter Kriminalität“ formulieren?

(Organisierte, arbeitsteilige Kriminalität liegt auch vor, wenn einer ein betrügerisches Finanzkonzept entwickelt, andere ihm durch Bestnoten Seriosität verleihen (Rating-Agenturen), Lobbygruppen Einfluß auf die Gesetzgebung nehmen, Regierungen die Gesetze entsprechend anpassen (z.B. „Rot-Grün“ in den Jahren 2003ff), andere die Kundschaft unter Druck setzen, das „Produkt“ zu kaufen (Anweisung in den Banken „von oben“ an die Mitarbeiter), alle fürs Aufpassen Verantwortlichen „beide Augen zudrücken“ - und wenn der Schaden offenkundig wird, alle Beteiligten „ganz überrascht“ sind und die Schadensbehebung dreist auf die Bürger abwälzen wollen!)

KStA 21.1.2011, Kommentar zu einem Prozeß der Aktionäre der Hypo Real Estate:

„Die Pleitebank aus München gehört zu den finstersten deutschen Kapiteln der halbwegs über-

wundenen weltweiten Finanzkrise. Für die Fehler, die in diesem Institut begangen wurden, werden noch jahrzehntelang deutsche Steuerzahler haften müssen.“

Ja, das könnte den Gängstern so passen!

Nicht, wenn wir es gemeinsam verhindern können – für unsere Kinder und Enkel!

Diese Anfrage wurde in etwas abgeänderter Form (und nicht von mir) an ungefähr 100 Rechtskundige, in der Hauptsache Professoren an verschiedenen Universitäten, geschickt. **Nur 2** der Angesprochenen haben sich zu einer Antwort bequemt, ein dritter erklärte sich für nicht zuständig (ja, wo lebt denn der?! Die Organisatorin des Rundschreibens teilte dazu mit:

„Da man hier eindeutig mit organisierter Kriminalität zu tun hat, waren nur wenige Juristen bereit, auf die Fragen zu antworten. Hier sind die zwei wichtigsten Antworten:

Die erste Antwort: „In solchen Fällen haftet (nach deutschem Recht, nicht nur Verfassungsrecht) zumeist der Vertretene selbst. Die öffentliche Hand muß dann prüfen, ob ihr ggf. Schadensersatzansprüche gegen die Schädiger selbst (von innen oder außen) zustehen.“

Nach der zweiten Antwort ist ein Rechtsweg völlig aussichtslos, in dieser Angelegenheiten zu beschreiten. Das beweist eindeutig, wie schwierig die Lage ist.“

Ja, so stellt sich die Lage der Justiz hierzulande dar. Besonders interessant: „In solchen Fällen...“. Gab es das etwa schon mal, daß die Staaten der Erde von einer global agierenden Finanzmafia, bestehend aus Finanzgängstern und korrupten oder feigen Politikern, so hemmungslos ausgeplündert wurden?